

Tassilo Richter FDP

Kreissenorenrat:

Frage 1a:

Ich will die Altersvorsorge nach einem Baukastenprinzip organisieren, damit jeder sich seine Elemente im Laufe seines individuellen Erwerbslebens selbst zusammenstellen kann. Hier setze ich auf Vielfalt bestehend aus gesetzlicher Rente, betrieblicher und privater Vorsorge, die wir nicht abschaffen dürfen, sondern besser machen müssen – zum Beispiel durch mehr Verbraucherfreundlichkeit und Vergleichbarkeit der Produkte. Das ganze System muss auch transparenter werden. Denn: Über 50 Prozent der Menschen sind nicht in der Lage, ihr Einkommen im Alter richtig einzuschätzen. Deswegen schlägt die FDP ein Online-Vorsorgekonto als datenschutzsicheres Angebot für jeden Bürger vor, das übersichtlich darlegt, welche Ansprüche bereits erworben wurden und wo eventuell nachgebessert werden muss.

Frage 1b:

Ein Staat, der einem Single mit 1940 Euro brutto im Monat bereits 46 Prozent für Steuern und Abgaben abverlangt, steht nicht für soziale Gerechtigkeit, sondern für Leistungsfeindlichkeit. Die Freien Demokraten wollen einen Staat, der es den Menschen leichter macht. Die überdurchschnittliche Belastung niedriger und mittlerer Einkommen muss beendet werden. Deutschland braucht ein ehrliches Steuersystem und keins, das auf verdeckte Steuererhöhungen setzt. Die eigentliche Gerechtigkeitsbaustelle in unserem Land ist nicht ein unterfinanzierter Sozialstaat, sondern ein Steuerstaat, der sich dem Aufstiegs- und Leistungswillen seiner Bürgerinnen und Bürger in den Weg stellt

Frage 2:

Bezahlbarer Wohnraum ist ein individueller Wert. Ich definiere bezahlbaren Wohnraum in etwa 1/3 der monatlichen Haushaltsnetto. Um die Preise an dem Wohnungsmarkt zu entspannen müssen wieder mehr Wohnungen gebaut werden. Dann erhöht sich das Angebot auf dem Markt und die Preise werden sinken. Wir müssen Mietwohnungsbauen wieder attraktiv machen, dazu gehört auch die Bau- und Energievorschriften kritisch zu prüfen welche Regeln wirklich sinnvoll sind.

Frage 2b:

Wie überall in Europa verändert sich auch in Deutschland die Altersstruktur der Bevölkerung: Der Anteil junger Menschen wird weniger, die Älteren werden mehr. In Deutschland wie in den anderen EU-Ländern vollzieht sich ein demografischer Wandel, der einhergeht mit einer Gesellschaft des längeren Lebens. Zugleich sind ältere Menschen heute überwiegend fit, gesund, gut ausgebildet und aktiv – und das in einem Maße wie noch nie zuvor in der Geschichte. Mittlerweile umfasst die Lebensphase „Alter“ oft mehrere Jahrzehnte und ist verbunden mit dem ausgeprägten Wunsch nach einem „aktiven Altern“. Hierzu zählt in einem hohen Maße die Selbstbestimmung im Alter, das umfasst u. a. den Verbleib in der eigenen Wohnung, aber natürlich auch eine Infrastruktur, die ein selbständiges Bewegen im öffentlichen und privaten Raum zulässt.

Frage 2c:

Ich begrüße die neuen Wohnformen ausdrücklich und freue mich für die Menschen die diesen Weg gehen möchten. Allerdings respektiere ich auch die Bürger die im Alter nicht mehr mit anderen Menschen sich eine Wohnung oder Haus zusammen leben möchten. Jeder darf selbst entscheiden welche Wohnform für ihn am besten stimmig ist.

Frage 3

A: Wir müssen hier sofort und unverzüglich aktiv werden. Die letzten 20 Jahre ist leider viel zu wenig unternommen worden. Wir müssen den Mangel mit besseren Arbeitsbedingungen und faireren Löhnen entgegen treten. Verstöße gegen die Arbeitszeit ist momentan mehr die Regel statt der

Ausnahme. Auch ist der Bereich qualifizierte Zuwanderung aus Ländern mit hoher Arbeitslosigkeit ein wichtiger Punkt auf den wir in der momentanen Situation nicht verzichten können.

B: Auch hier muss unverzüglich gehandelt werden. Momentan werden die Löhne über die Tarifparteien ausgehandelt. Hier müssen sich die großen Gewerkschaften kritische Fragen stellen lassen. Kleinere Gewerkschaften schaffen es Lohnsteigerungen zu erwirken und Verdi bekommt nur minimale Verbesserungen für die Mitglieder und Außendarstellung der Berufe hin. Menschen in pflegenden Berufen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft, dies muss sich auch in den Löhnen und der Wertschätzung wiederfinden.

C: Ein rechtsverbindlicher Kurzzeitpflegeplatz ist eine spannende Überlegung. Dies kann ich mir gut vorstellen, allerdings weiss ich momentan noch nicht wie dies mit den momentan wenigen Plätzen umsetzbar wäre. Hier müssen neue Rahmenbedingungen geschaffen werden.

#### Frage 4

Ja, denn nur Polizisten sorgen für Sicherheit, nicht Paragrafen und unsere größte Bedrohung ist die schlechte Ausstattung der Polizei. Daher wollen wir 15.000 neue Polizisten und bessere Dienstausrüstung! Wir Freie Demokraten wollen eine Reform der Sicherheitsarchitektur in Deutschland. Denn zurzeit sind zu viele Behörden für unsere Sicherheit zuständig: das Bundesamt für den Verfassungsschutz, das Bundeskriminalamt, die Landesämter für Verfassungsschutz, die Landeskriminalämter, der Militärischer Abschirmdienst, das Zoll-Kriminalamt und andere mehr. Diese Strukturen wollen wir straffen und stärken. Klare Kompetenzabgrenzung ohne Doppelzuständigkeiten ist das Ziel. Gleichzeitig müssen die Sicherheitsbehörden enger zusammenarbeiten und Informationen leichter austauschen können, wenn angemessene rechtliche Voraussetzungen, wie etwa ein Anfangsverdacht auf eine Straftat, vorliegen. Das ist zum Schutz der Bevölkerung notwendig. Hierfür muss es eine funktionierende Koordinierungsstelle geben und einheitliche (unter anderem Ausbildungs-) Standards beim Bundesamt für Verfassungsschutz und den Landesämtern. Insbesondere der Einsatz von V-Leuten und dessen Ausgestaltung sowie die Regelungen zum Austausch von wichtigen Informationen dürfen sich zwischen Bundesländern nicht unterscheiden. Denn verfassungsfeindliche Bestrebungen machen vor Ländergrenzen nicht Halt. Neben der verstärkten Koordination und Zusammenarbeit ist zudem die Möglichkeit der Arbeitsteilung insbesondere wegen geringerer Leistungsfähigkeit der kleineren Landesämter zu untersuchen. So könnte beispielsweise Hamburg Spezialaufgaben übernehmen und würde dafür in anderen Punkten durch zum Beispiel Niedersachsen und Schleswig-Holstein entlastet. Wir Freie Demokraten wissen: Gerade auch ein demokratischer Staat muss sich schützen. Das macht gut organisierte geheimdienstliche Arbeit unerlässlich.

#### Frage 5:

Wir Freie Demokraten fordern institutionelle Reformen für mehr Transparenz und Effizienz in der EU. Das Europäische Parlament soll nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidaten gewählt werden. Es muss zu einem Vollparlament mit Initiativrecht aufgewertet werden. Ein Sitz in Brüssel ist dabei ausreichend. Das spart Zeit und Geld im Vergleich zum Parallelbetrieb zwischen zwei Parlamentssitzen. Die EU-Kommission kann auf 16 Kommissare verkleinert werden. Hierbei sollten klare und einfach zurechenbare Ressorts vergeben werden, die den EU-Zuständigkeiten entsprechen. Ferner soll sich die Kommission nur um die Dinge kümmern, die besser auf europäischer Ebene geregelt werden und den Rest den nationalen Ebenen überlassen. Der Rat der Europäischen Union muss sich zu einer modernen zweiten Kammer entwickeln. Dort kann jeder Mitgliedstaat seine Position öffentlich vortragen. Mit diesen Reformen schaffen wir Transparenz und Effizienz, die wichtigsten Bausteine für eine gelungene Integration. Zu einer starken Gemeinschaft gehört es, das Subsidiaritätsprinzip in der EU zu wahren. Deshalb sind die Vorschläge der Europäischen Kommission zu einer sozialen Säule Europas nicht zielführend. Wir sprechen uns hier nachdrücklich gegen eine Einflussnahme der Europäischen Union im Rahmen von verpflichtenden Rechtsakten aus. Jeder Mitgliedsstaat muss nach wie vor für seine eigene Arbeitsmarktpolitik, sein soziales Sicherungssystem und seine finanzielle Unterstützung sozial

Schwacher selbst verantwortlich bleiben. Deshalb erteilen wir insbesondere einer gemeinsamen europäischen Arbeitslosenversicherung eine klare Absage.

Frage 6

A: Wachstum in Europa braucht den stabilen Euro. So muss der Stabilitätspakt eingehalten werden & es darf keine Transferunion geben. Eine Staatsfinanzierung durch die Notenpresse lehnen wir strikt ab. Zudem wollen wir eine Staateninsolvenzordnung für die Eurozone schaffen, damit bei fehlender Schuldentragfähigkeit eine geordnete Schuldenumstrukturierung als Ausweg aus der bisher endlosen Rettungsroutine möglich wird. Denn nur so kann die Gefahr gebannt werden, dass die Währungsunion zu einer dauerhaften Transferunion zu Lasten der europäischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wird.

B: In der momentanen niedrigzins Situation empfehle ich wenn möglich private und betriebliche Altersvorsorge. Als weitere Säule ist ein Aktienfond oder wenn es um mehr Kapital geht eine Immobilie als Vorsorge sinnvoll. Deswegen fordern wir u.a. für die ersten eigennutzte Immobilie ein Grundsteuerfreibetrag für 500.000€. Für Menschen mit höherer Risikobereitschaft wäre eine Aktie oder eine Investition in eine Firma oder ein Start Up denkbar.

Frage 7:

Wir brauchen Verkehrssysteme, die Mobilität für alle garantieren – bezahlbar, sicher und komfortabel. Die Menschen müssen in eigener Verantwortung wählen können, welches Verkehrsmittel für sie das geeignete ist. Die FDP im Landkreis Konstanz setzt sich seit Jahren mit zahlreichen Initiativen für die Elektrifizierung der Hochrheinstrecke, der Bodenseegürtelbahn und der seehäse-Strecke ein. Der Schienenpersonennahverkehr und die Busverbindungen bilden das Rückgrat der öffentlichen Verkehrsbedienung im Landkreis Konstanz. Eine weitere Taktverdichtung würde die bereits hohe Akzeptanz noch weiter steigern und den Individualverkehr verringern. Für den Ausbau und die Elektrifizierung des Schienennetzes und eine höhere Taktanzahl der Busverbindungen muss der Bund mehr Mittel zur Verfügung stellen.